

Der Fluch der Bodenschätze

Rohstoffe machen Entwicklungsländer nicht reich, sondern stürzen sie in Armut und Chaos. Ökonomen erklären, warum das so ist - und was die Wirtschaftspolitik dagegen tun kann.

Köln Sie fordern mehr als politische Rechte und Freiheiten. Die Menschen in Nordafrika und dem Nahen Osten treibt auch die wirtschaftliche Situation auf die Straßen: Inflation und Jugendarbeitslosigkeit sind hoch, der Lebensstandard ist niedrig. Und das trotz der großen Ölvorkommen in der Region. Oder, wie viele Ökonomen sagen: gerade deswegen.

Eine Reihe von Studien belegt einen tückischen Zusammenhang: Große Rohstoffvorkommen schüren Bürgerkriege und Vetternwirtschaft. Länder wie Algerien und Libyen haben mit ökonomischen Nebeneffekten zu kämpfen, die das vermeintliche Geschenk zur Bürde werden lassen. Die Staaten fixieren sich zu sehr auf ein Exportgut und vernachlässigen den Rest ihrer Volkswirtschaft.

Wenn Öl korrupt macht.

Vom Fluch besonders betroffen sind wenig entwickelte Staaten. "Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme dieser Länder hängen auch mit den Ölvorkommen zusammen", sagt Helmut Reisen, Direktor des OECD-Forschungszentrums "Wirtschaftliche Entwicklung".

Missmanagement und schwache Institutionen verhindern, dass die Einnahmen den Staaten langfristig nutzen. Dabei brauchen gerade rohstoffreiche Staaten eine besonders vorausschauende Wirtschaftspolitik. Eine zu starke Konzentration auf Rohstoffexporte etwa drosselt das langfristige Wachstum.

In Algerien und Libyen beispielsweise stammen über 90 Prozent der Staatseinnahmen aus Öl- und Gasexporten.

"Wenn der Weltmarktpreis fällt, zieht das die gesamte Wirtschaft mit runter", beschreibt Reisen die Gefahr. Rohstoffreiche Länder leiden deshalb besonders häufig unter einer schwankenden Konjunktur. Das verhindere, "dass Regierung und Unternehmen langfristig planen können", sagt Oxford-Professor Rick van der Ploeg. Sie würden daher vor Investitionen oft zurückschrecken. Gemeinsam mit Steven Poelhekke von der niederländischen Zentralbank hat van der Ploeg Daten von über 50 Ländern untersucht: Ressourcenreichtum hemmt demnach die Entwicklung in Staaten mit sehr wechselhaftem Wachstum. Ein Beispiel dafür ist Sambia, dessen Wohl und Wehe vor allem an den Kupferexporten hängt. Problematisch ist zudem, dass der Rohstoffsektor sehr kapitalintensiv ist und nur wenige Arbeitsplätze schafft. Das führt schnell zu einer ungleichen Wohlstandsverteilung. Und dann ist da noch ein ganz praktischer Grund, der Rohstoffe zum Risiko werden lässt: Irgendwann sind die Vorräte erschöpft.

Verschärft wird das Dilemma dadurch, dass andere Exportbranchen unter der Dominanz der Rohstoffe leiden - ein Phänomen, das Ökonomen als "holländische Krankheit" ("Dutch disease") bezeichnen. Der Begriff kam in den 70er-Jahren auf, nachdem Holland begonnen hatte, im großen Stil Erdgas und Erdöl zu exportieren.

Durch die stark steigenden Ausfuhren wertete die Währung auf - alle anderen Produkte verloren auf dem Weltmarkt an Wettbewerbsfähigkeit - die restliche Exportindustrie geriet unter Druck, die Arbeitslosigkeit stieg.

Die "Dutch disease" gibt es nicht nur in den Niederlanden, zeigt Kareem Ismail, Ökonom vom Internationalen Währungsfonds. Steigen die Erdöl-Einnahmen eines Landes um zehn Prozent, sinkt die industrielle Produktion im selben Land durchschnittlich um 3,6 Prozent, fand er heraus.

Die gute Nachricht: Gegen Volatilität und holländische Krankheit gibt es Gegenmittel. Ein gut entwickeltes Finanzsystem kann Schwankungen dämpfen, indem es Preisrisiken besser absichert. Oxford-Ökonom van der Ploeg kommt zu dem Schluss: Länder mit funktionierendem Finanzmarkt - wie das diamantenreiche Botswana - wachsen deutlich schneller als Staaten mit weniger Ressourcen. Die holländische Krankheit bricht nicht aus, wenn Länder die Rohstoff-Einnahmen im Ausland anlegen und so ihren Wechselkurs kontrollieren. Der mächtige norwegische Staatsfonds, der die Ölerträge des skandinavischen Landes verwaltet, investiert daher nur im Ausland. "Der Fluch ist keine Regel, er kann verhindert werden", sagt van der Ploeg.

Staaten wie Algerien stehen jedoch vor einem Dilemma. Einerseits sollten sie ihr Geld im Ausland investieren. Andererseits haben Schwellenländer einen hohen Investitionsbedarf bei der Infrastruktur. "Weniger entwickelte Staaten sollten die Einnahmen möglichst wenig sparen, sondern eher möglichst viel im eigenen Land investieren, hauptsächlich in Bildung", rät van der Ploeg.

Investitionen in die Infrastruktur würden die Produktivität der gesamten Exportwirtschaft erhöhen - und auf diesem Weg die holländische Krankheit verhindern. Außerdem können gezielte Ausgaben helfen, die Wirtschaft auf breitere Beine zu stellen. Ein Beispiel dafür ist Dubai: Das Emirat hat sich vom Öl unabhängiger gemacht, indem es den Tourismus gefördert hat.

Doch solche Erfolgsgeschichten sind die Ausnahme. Rohstoffreiche Länder werden selten von Politikern geführt, denen am Allgemeinwohl liegt. Die Mächtigen können von den Rohstoff-Einnahmen hervorragend leben und müssen sich nicht um eine funktionierende Wirtschaft bemühen, die ihnen Steuereinnahmen beschere würde. Die Regierungen nutzen die Einnahmen lieber zum Machterhalt, zeigt Pedro Vicente vom Dubliner Trinity College. Er verglich die afrikanischen Nachbarstaaten Cape Verde und São Tomé/ Príncipe. Beide sind sich sehr ähnlich - doch nur in São Tomé und Príncipe wurde Ende der neunziger Jahre begonnen, Öl zu fördern.

Parallel dazu stieg dort die Korruption drastisch an. Die Mächtigen kauften sich mit den Ölmilliarden die Wählerstimmen.